

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 86 (2008)
Heft: 6

Artikel: Interview Rudolf Strahm : "das Wort Ruhestand mag ich nicht"
Autor: Vollenwyder, Usch / Strahm, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-724745>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Das Wort Ruhestand mag ich nicht»

Mehr als zwölf Jahre politisierte Rudolf Strahm für die SP im Nationalrat. Als «Monsieur Prix» kämpfte er in den letzten vier Jahren gegen Preismissbräuche staatlicher Monopole und marktbeherrschender Unternehmen. Im Sommer tritt er als Preisüberwacher zurück. Zurücklehnen wird er sich darum aber nicht.

Von Usch Vollenwyder, mit Bildern von Gerry Ebner

Im Sommer übergeben Sie die Preisüberwachung Ihrer Nachfolgerin oder Ihrem Nachfolger. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf die vier letzten Jahre zurück? Mit ein bisschen Freude: Wer kannte schon vor vier Jahren Begriffe wie «Parallelimporte» oder «Cassis-de-Dijon-Prinzip»? Solche Prinzipien, die sich gegen die Hochpreisinsel Schweiz richten, sind in der Zwischenzeit von der Politik aufgenommen worden. Aber auch mit ein bisschen Ärger: Damit sich auf dieser Ebene auch tatsächlich etwas ändert, müssen politische Entscheide getroffen werden. Und das dauert in der Schweiz seine Zeit.

Den Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz betrachteten Sie als eine Ihrer wichtigsten Aufgaben während Ihrer Amtszeit. Es geht doch nicht an, dass Generalimporteure von bestimmten Artikeln – zum Beispiel von Autoersatzteilen – ihre Ware aus dem Ausland beziehen, dem Hersteller dafür dreissig Prozent mehr bezahlen müssen und selber einen grossen Gewinn einstreichen! Oder dass Spitäler die nötigen Medikamente oder – als jüngstes Beispiel – Implantate wie künstliche Gelenke nicht direkt und günstiger von ausländischen Firmen kaufen können!

In welchem Bereich sehen Sie Ihre grössten Erfolge? In Einzelfällen – gerade bei Medikamentenpreisen, aber auch bei Wasser-, Abwasser- oder den Fernseh- und Radiogebühren. Den Preis für die Set-up-Box, das Zusatzgerät für digitalen Fernsehempfang, musste die Cablecom von 25 auf 6 Franken nach unten korrigieren. Kämpfe gab es in diesen vier Jahren viele auszufechten: mit den SBB wegen der Distanzzuschläge, der Post wegen der Paketpreise, dem Zoll wegen der Bearbeitungs-

gebühren... Dank der Preisüberwachung haben Konsumentinnen und Konsumenten im letzten und vorletzten Jahr rund 300 Millionen Franken gespart.

Welche Macht hat der Preisüberwacher überhaupt?

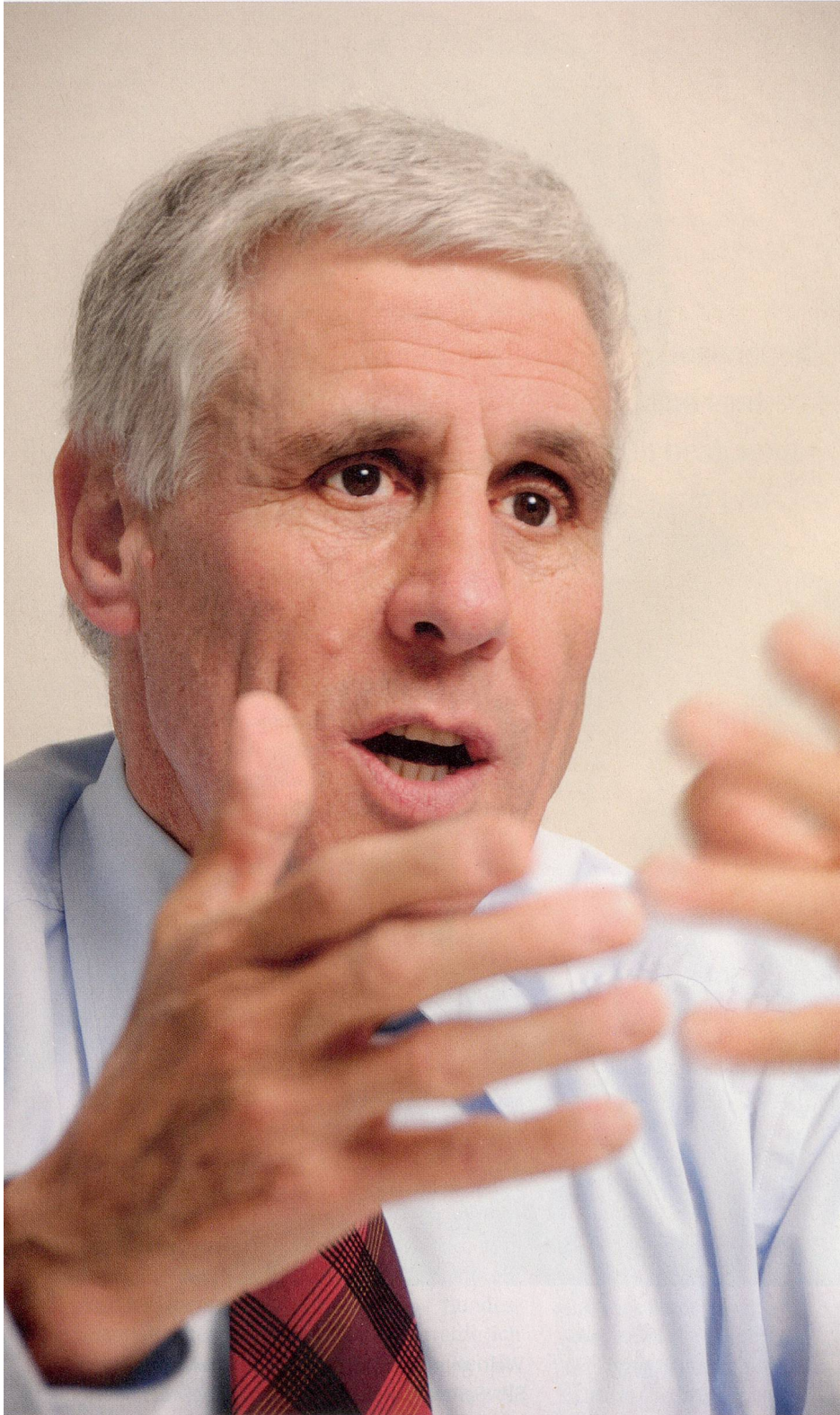
Ich kann keine Truppen schicken, und ich kann auch keine Bussen aussprechen. In Streitfällen suche ich nach Möglichkeit eine einvernehmliche Lösung. Ein Unternehmen kann meine Preisverfügung nämlich bis vors Bundesgericht anfechten und so eine Entscheidung jahrelang hinauszögern. Dieses Risiko gehe ich in der Regel nicht ein.

Und auf Behördenebene? Da kann ich nur Empfehlungen abgeben. Wenn die Behörde – ein Gemeinderat zum Beispiel, aber auch eine Kantonsregierung oder der Bundesrat – ihnen nicht nachkommt, gehe ich an die Öffentlichkeit. Dieses Vorgehen ist auch gesetzlich vorgesehen: Der Preisüberwacher orientiert öffentlich über seine Tätigkeit. Als die Stadt Zürich die zu hohen Abwassergebühren nicht senken wollte, wurde unsere Empfehlung publiziert. Daraus entstand politischer Druck; die Tarife wurden um insgesamt 20 Millionen Franken gesenkt.

Darf jeder Bürger und jede Bürgerin dem Preisüberwacher schreiben – zum Beispiel, die Hundesteuer sei in seinem Dorf zu hoch? Ja, jeder und jede kann uns eine Preisbeschwerde senden. Aber auf die Steuern haben wir keinen Einfluss. Auch in allen Bereichen, in denen der Wettbewerb spielt, hat der Preisüberwacher keine Macht. Wir mischen uns dort ein, wo die Konsumentinnen und Konsumenten keine Wahl haben: Bei den Produkten von marktbeherrschenden Unternehmen und bei den von den Behörden verfügbaren Tarifen für Wasser, Abwasser oder Kehrrecht. Letztes Jahr be-

Rudolf Strahm

Geboren am 3. August 1943 als ältestes von fünf Geschwistern in Lauperswil BE, wuchs Rudolf H. Strahm in der Nähe von Langnau im Emmental auf. Er machte eine Lehre als Laborant und bildete sich in Burgdorf zum Chemiker HTL aus, bevor er an der Universität Bern Volkswirtschaft studierte und schliesslich bei der Welt-handelskonferenz Unctad und bei der «Erklärung von Bern» tätig wurde. 1978 wurde er Zentralsekretär der SP Schweiz. Damit begann seine politische Karriere. Von 1991 bis 2004 war Strahm Mitglied des Nationalrats. Die letzten vier Jahre amtierte er als Preisüberwacher. In diesem Sommer wird er pensioniert. Rudolf Strahm hat einen erwachsenen Sohn. Er wohnt in Herrenschanen BE.



kamen wir etwa 1500 solche Meldungen aus dem Publikum.

Denen gehen Sie allen nach? Wir beantworten jeden Brief und jede Anfrage. Wo ein Preismissbrauch vermutet wird, schalten wir uns ein. Behörden und Firmen sind uns gegenüber auskunftspflichtig. Neben den Publikums-

meldungen nehmen wir jedes Jahr auch ein paar Hundert offizielle Preisüberprüfungen vor. Dazu gehören zum Beispiel auch Spitaltarife oder Gebühren, die von den Behörden festgelegt werden.

Steht Ihnen dabei ein Team zur Seite? Ja. Auf Wasser- und Abwasserfragen zum Beispiel ist eine Bauingenieurin spezialisiert. Sie macht den Vergleich mit anderen Gemeinden, nimmt sich die Kostenkalkulation vor, überprüft das Abschreibungsmodell... 20 Mitarbeitende, hauptsächlich Ökonomen und Juristinnen, teilen sich 13 Vollzeitstellen und erstellen die nötigen Preis-, Bilanz- und Kostenanalysen.

Schreiben Ihnen Bürgerinnen und Bürger eher aus Verärgerung oder weil sie wirklich finanzielle Probleme haben? Aus beiden Gründen. In der NZZ stand einmal, ich sei die Klagemauer des helvetischen Geldbeutels. Das stimmt schon ein bisschen. Ich habe eine gewisse Ombudsfunktion. Viele Leute sagen: «Das schreibe ich jetzt dem Strahm» – so wie sie auch mit dem Beobachter oder dem Kassensturz drohen. Aber es gibt auch Menschen, die wirklich auf den Preis achten müssen. Gerade teure Medikamente können ihr Budget sehr belasten.

Bringt Ihnen Ihre Tätigkeit nicht auch viele Feinde? Während ich bei der Bevölkerung eine gewisse Popularität geniesse, bin ich bei Firmen und Behörden manchmal schon sehr unbeliebt. Aber ich kann trotzdem schlafen. Es braucht einfach Schuppen auf der Seele: Man darf nicht alle Anfeindungen an sich herankommen lassen. Manchmal muss ich auch meine Mitarbeitenden unterstützen, wenn sie mit unfairen Angriffen Mühe haben.

Sie haben als Preisüberwacher alle politischen Ämter abgegeben. Warum? Ich wollte unabhängig sein. Nur ein unabhängiger Preisüberwacher kann nach den bestmöglichen Lösungen für die Konsumenten und die Volkswirtschaft suchen.

Sie waren mehr als zwölf Jahre lang Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei. Fiel Ihnen der Abschied aus dem Parlament schwer? Sehr. Ich hatte zunächst das Gefühl, mein Mitspracherecht zu verlieren: zur Berufsbildung, zu Wirtschafts- und Steuerthemen, zu allen aktuellen politischen Fragen. Denn als Preisüberwacher schränkte ich mich auf Preisfragen ein.

Was war Ihnen während Ihrer Nationalratszeit besonders wichtig? Zum Beispiel das Berufsbildungsgesetz: Die meisten Parlamentarier

sind Akademiker und kennen sich deshalb in diesem Bereich nicht aus; dabei machen siebzig Prozent der jungen Leute eine Berufslehre. Ich hatte selber eine Lehre als Laborant absolviert, darum interessierte mich dieses Gebiet besonders.

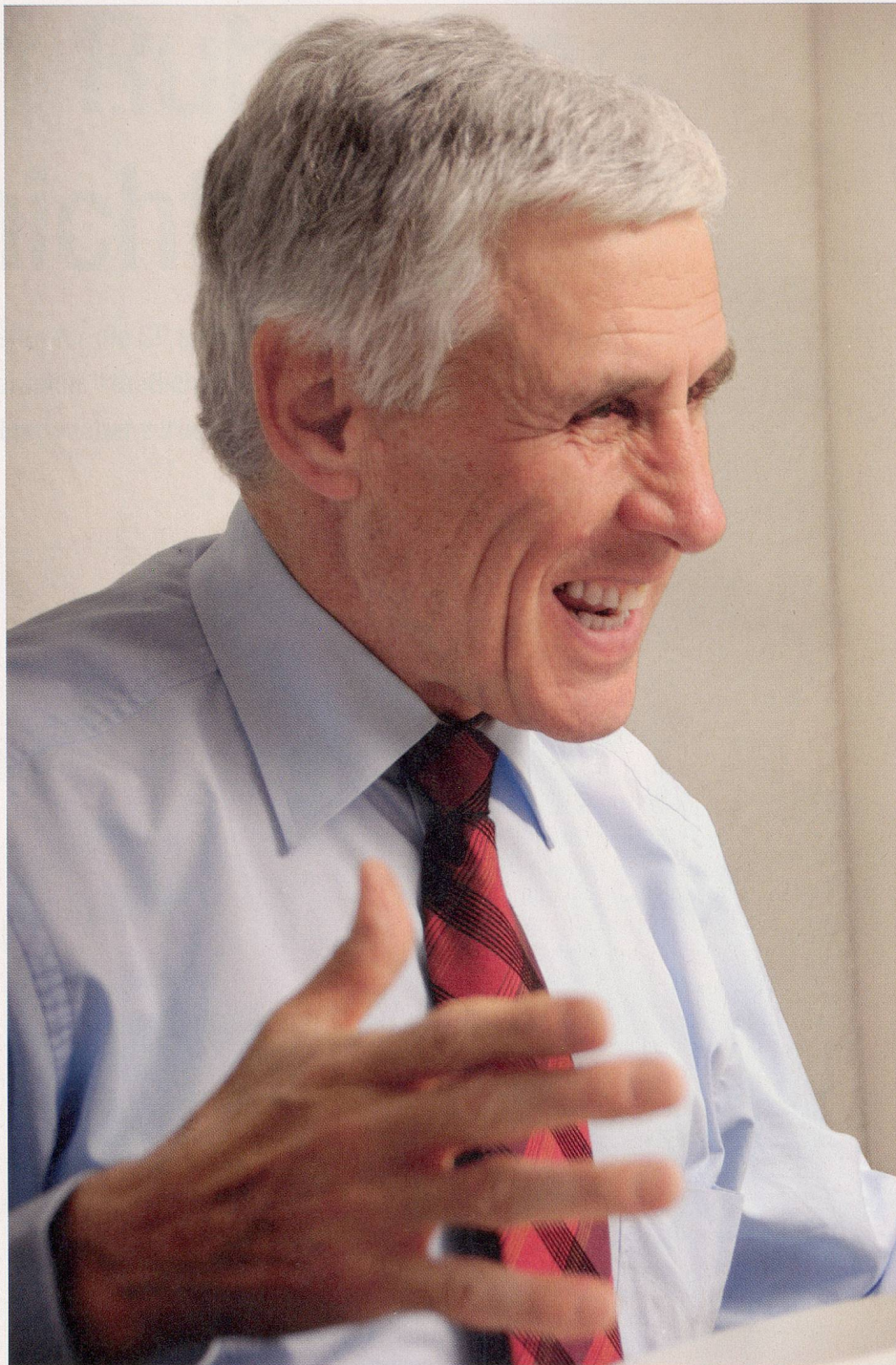
Worauf sind Sie besonders stolz? Auf das Mehrwertsteuerprozent für die AHV, das ihr jährlich beinahe zweieinhalb Milliarden Franken einbringt. Dreimal war die Mehrwertsteuer abgelehnt worden, das vierte Mal stand sie immer noch auf der Kippe. In meiner eigenen Partei galt sie als unsozial. Ich unterstützte sie unter der Bedingung, dass die AHV berücksichtigt würde. Ich erinnere mich, wie wir Wirtschaftspolitiker aller vier Parteien – Vreni Spoerry, Eugen David, Hansrudolf Nebiker und ich – bei einem gemeinsamen Essen im Restaurant «Harmonie» in Bern einen Pakt schlossen: Wir unterstützten die Mehrwertsteuer und die Bürgerlichen das Zusatzprozent für die AHV. Das Resultat nannten wir deshalb die «Harmonielösung».

Erlebten Sie auch Tiefschläge? Jetzt gerade verfolge ich mit masslosem Frust die Finanzmarktkrise. Schon 1998, also vor zehn Jahren, hatte ich in einer Motion verlangt, dass für international tätige Banken die Eigenmittelvorschriften für Klumpenrisiken erhöht werden müssten. Diese Motion wurde damals sogar als Postulat überwiesen. Gemacht wurde aber bis heute nichts.

Sie waren vor dreissig Jahren als Linker auch in der Drittwelt-Bewegung engagiert. Warum? Zum einen war ich geprägt vom Vietnamkrieg, der auch hierzulande ein grosses Thema war. Im Sommer 1968, zur Zeit des Biafrakriegs, arbeitete ich als Austauschstudent in einem Projekt in Tunis. Ich las damals das Magazin «Jeune Afrique» und realisierte zum ersten Mal, in welche Enge unsere Generation hineingeboren worden war.

Wie meinen Sie das? Unsere Eltern, von links bis rechts, waren geprägt vom Zweiten Weltkrieg, dem Sonderfall Schweiz, der Neutralität. Sie verfochten den Gedanken, dass sich unser Land aus der Weltgeschichte herauszuhalten habe. Erst in Tunis realisierte ich, dass es unterschiedlichste Länder und eine weltweite Frage der sozialen Gerechtigkeit gab.

Und für diese soziale Gerechtigkeit setzten Sie sich ein? Mehr als zehn Jahre lang habe ich auf den verschiedensten Ebenen für die Dritte



Welt gearbeitet. Bevor ich Zentralsekretär der SP Schweiz wurde, war ich bei der Welthandelskonferenz Unctad (United Nations Conference on Trade and Development) tätig und leitete als Sekretär die «Erklärung von Bern». Unser Motto hiess: «Es kommt weniger darauf an, mehr zu geben, als weniger zu nehmen.»

Sind Sie Ihren Idealen von damals treu geblieben? Ich glaube schon. Die Grundhaltung – der Einsatz für die Schwächeren – ist immer noch da. Aber wie viele andere auch bin ich ausge-

wogener, realistischer und im Denken vielseitiger geworden. Die Rhetorik hat sich gemässigt. Früher war alles auf Revolution ausgerichtet, schien nur gut oder böse zu sein, war klar und eindeutig. Heute ist es komplizierter geworden. Aber ich bin kein Konvertit, der bei jeder Gelegenheit mit seiner linken Vergangenheit abrechnen muss.

Wo steht die Dritte Welt heute? Einige Länder und Regionen haben den Aufschwung geschafft, Südostasien und vor allem China und Südkorea. Auch Südamerika und zum Teil Indien sind im Aufbruch. Andere Länder – darunter viele Staaten in Afrika – sind in ihrer Entwicklung eher noch zurückgefallen. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich vergrössert.

Woran liegt das? Noch vor dreissig oder vierzig Jahren war die Antwort klar: Afrikas Armut schien die Folge von Kolonialismus und Ausbeutung zu sein, von Kapitalflucht und einseitiger Rohstoffexportstruktur. Heute würde ich sagen, dass zudem die dortigen Gesellschaftsstrukturen enorm entwicklungsfeindlich sind, die Korruption zum Beispiel, die Klanherrschaft oder die Diktaturen. Die Entwicklungszusammenarbeit konnte den Hunger jedenfalls nicht beseitigen, obwohl in den letzten Jahrzehnten Milliarden von Franken nach Afrika geflossen sind. Ich habe ein bisschen resigniert.

Sie besuchen regelmässig Länder in Afrika. Nur noch als Gast? Ich gehe jedes Jahr in die Wüste zum Wandertrekking. Früher besuchte ich regelmässig Burkina Faso und nahm dort an Afro-Tanzkursen teil. Stundenlang wurde zu Perkussionsinstrumenten getanzt bis in den Morgen hinein. Tanz ist ein Zugang zur afrikanischen Kultur.

Jetzt werden Sie pensioniert. Freiwillig oder doch eher unfreiwillig? Ich hätte schon noch ein bisschen weitergearbeitet, aber das Bundespersonalrecht erlaubt es nicht. So werde ich meine beiden Lehraufträge in der Berufsberater- und Berufsschullehrerausbildung weiterführen, das Präsidium des Verbands für Weiterbildung übernehmen und publizistisch tätig sein. Meine Gesundheit und meine Lust werden bestimmen, was ich tun und lassen werde. Ich habe mein Leben und meine Karriere nie auf lange Sicht hinaus geplant.

Bei Ihnen ist nichts von Ruhestand zu spüren... Das Wort Ruhestand mag ich nicht. Als das Volkswirtschaftsdepartement bekannt geben

«Meine Gesundheit und meine Lust werden bestimmen, was ich tun und lassen werde. Ich habe mein Leben und meine Karriere nie auf lange Sicht hinaus geplant.»

Das neueste Buch

→ Im Juni erscheint das neue Buch von Rudolf Strahm: «Warum wir so reich sind».

Mit kurzen Beiträgen und anschaulichen Grafiken zeigt es die Entwicklung der Schweizer Volkswirtschaft und die Gründe auf, die für unseren Wohlstand verantwortlich sind.

Rudolf H. Strahm: «Warum wir so reich sind», h.e.p. Verlag, Bern 2008, CHF 38.–. Das Buch ist Ende Juni im Buchhandel erhältlich.

wollte, Rudolf Strahm trete in den Ruhestand, musste ich reklamieren: Ich trete nicht in den Ruhestand, ich trete nur als Preisüberwacher zurück.

Andere Leute freuen sich auf die Pensionierung. Dieser Prozess ist für mich nicht leicht, darum lasse ich mich auch von einer Supervisorin begleiten. Ich habe 35 Jahre lang immer gearbeitet; nie mehr als zwei oder drei Wochen Ferien genommen. Als Emmentaler aus einer alten Täuferfamilie bin ich zudem sehr stark über die Arbeit geprägt. Das stellt auch meine Partnerin immer wieder fest.

Sie können sich nicht vorstellen, mit Ihrer Partnerin zusammenzuziehen und vermehrt Ihren Hobbys nachzugehen? Sicher werde ich mehr Zeit für meine Hobbys haben. Schon jetzt treibe ich viel Sport. Ich gehe jeden Morgen joggen, vielleicht gehe ich nach meinem Rücktritt dann etwas länger – oder etwas später. Im letzten Winter war ich bestimmt sechszigmal auf der Eisbahn beim Schlittschuhlaufen. Ich betreibe Langlauf und gehe mit meinem Sohn Marc tauchen. Mit meiner Partnerin zusammenzuziehen, ist im Moment keine Option. Ich habe jahrelang mit meinem Sohn zusammengelebt, bei meiner Partnerin wohnt noch ihre Tochter. Wir organisieren uns die Wochenenden und die Ferien zusammen.

Sie waren alleinerziehender Vater? Als Marc 15 Jahre alt war, zog er zu mir. Das war eine recht schwierige Zeit, ich hatte keine Erfahrung mit halbwüchsigen Kindern. Ich ging damals schon zu einer Supervisorin – für mich, nicht für ihn. Zudem war ich im Parlament sehr engagiert. Dafür lernte Marc kochen und selber waschen.

Werden Sie einmal Grossvater? Ich kann mir gut vorstellen, ein Enkelkind in seinem Wägelchen herumschieben. Ich habe zu Marc immer gesagt: Ich würde gerne Grossvater, aber lieber erst nach der Pensionierung. Nun wäre ich so weit – nur ist jetzt das Grosskind nicht in Sicht. Doch das kann man nicht steuern. Und das ist auch gut so.

Preisüberwachung Die Preisüberwachung ist das Kompetenzzentrum des Bundes für Preise.

Jede Bürgerin, jeder Bürger und jedes Unternehmen kann mit einer entsprechenden Beschwerde an den Preisüberwacher gelangen.

Preisüberwacher, GS EVD, Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Telefon 031 322 21 01, Fax 031 322 21 08, Mail info@pue.admin.ch, Internet www.preisueberwacher.ch